

Lehrergewerkschaften verärgert über Bildungsminister Meisch

„Reine Farce“



Die Lehrergewerkschaften befürchten, dass die Wiederaufnahme des Schulbetriebs im totalen Chaos enden könnte. Foto: dpa

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Seit der Ankündigung im April, wie die Wiederaufnahme des Schulbetriebs im Fondamental gehandhabt werden soll, hat sich viel geändert. Manche Ankündigungen von Bildungsminister Claude Meisch (DP) haben eine Lebensdauer von gerade einmal drei Tagen, die Aufsicht auf dem Schulhof ab 7 Uhr zum Beispiel.

„Nicht machbar“

Diese Entscheidung hatte der Minister ohne Absprache mit dem Dachverband der Gemeinden (Syvicol) und den Gewerkschaften getroffen und am Freitag verkündet. Damit wollte er Eltern entgegenkommen, die ihre Kinder früher abgeben müssen, um rechtzeitig an ihrem Arbeitsplatz zu sein. Lehrer inklusive. Doch die Maßnahme wurde gestern wieder gekippt, wie Syvicol-Präsident Emile Eicher auf Nachfrage erklärte, zumindest in der ersten Schulwoche. Es sei schlicht nicht machbar, so

Eicher. Mit dem Minister habe man nun abgemacht, „dass wir für die Schulwochen nach den Pfingstferien eine Aufsichtsregelung definieren.“ Die soll allerdings nur für Notfälle gelten, um zu verhindern, dass sich zu viele Kinder aus unterschiedlichen Gruppen morgens auf dem Schulhof tummeln und vermischen. Wobei auch das schwierig zu kontrollieren sein dürfte. Wenn Kinder morgens im Schulhof auftauchen, sind sie da. Ob mit oder ohne Ausnahmegenehmigung.

Das Syndicat national des enseignants (SNE) erklärte gestern schriftlich, die Lehrer hätten sich in weiten Teilen bereit erklärt, Überstunden zu machen, um die ganze Unterrichtszeit abdecken zu können. Jetzt von ihnen zu verlangen, ab 7 Uhr den Schulhof zu beaufsichtigen, sei ein absolutes No-Go. Die Bereitstellung einer Schulhofaufsicht breche überdies mit der Regel, dass die Gruppen nicht gemischt werden sollen.

Doch die Sache mit der Aufsicht im Pausenhof vor Schulbeginn ist nur die Spitze des Eisbergs. Der SEW/OGBL hat sich gestern in einem offenen Brief an Premierminister Xavier Bettel und die ganze Regierung gewandt. Der Brief enthält eine Liste mit „Unsinnigkeiten“, die veranschaulichen sollen, dass das Splitting der Klassen eine reine Farce ist. Hieß es anfangs noch, die Schülergruppen sollten leistungsheterogen sein, sich nach den Wünschen der Kinder richten und so zusammengesetzt sein, dass Geschwister möglichst in derselben Woche zur Schule gehen (A-Woche), so ist dieses Konzept nach Ansicht der Gewerkschaft inzwischen komplett verwässert. Die Gruppenzusammensetzung sei einzig darauf ausgerichtet, den Bedarf an Personal und Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung zu reduzieren, so der SEW.

„Lächerlich“

Der ganze Aufwand, der betrieben werde, damit die Gruppen sich nicht vermischen, sei lächerlich, da die Vermischung so oder so stattfinde: morgens im Bus oder nachmittags in der Maison relais, wenn kleine Gruppen von Kindern aus dem Zyklus 3 und 4 zusammengelegt werden. Im Bus sitzen auch Kinder aus dem Zyklus 1, die keine Schutzmaske tragen – das Ministerium hatte davon abgeraten. Diese Kinder

seien nicht mehr oder weniger isoliert nach außen als andere Kinder auch, sagt die Gewerkschaft.

Aus pädagogischer Sicht bemängelt der SEW, dass manche Schülergruppen von Personen betreut werden, die sie nicht kennen und die zum Teil auch keine Erfahrung haben und die Schulprogramme nicht kennen. Die Frage ist, wie viel Lernen da überhaupt möglich ist und inwiefern das verstörend auf die Kinder wirkt. Die Lehrer seien nicht mehr willens, das absurde Modell zu unterstützen, so noch der SEW. Die Gewerkschaft fordert die Zusammenstellung einer Taskforce aus Vertretern der Gewerkschaften, der Elternvertretung und des Bildungsministeriums, um ein „sinnvolles und organisatorisch machbares Konzept“ auszuarbeiten.

Jamais deux sans trois

Auch die Personalvertretung der nationalen psychopädagogischen Kompetenzzentren (SPEBS) machte ihrem Ärger gestern in einer Pressemitteilung Luft. Sie beanstandet, dass die Sicherheitsmaßnahmen, wie sie in den Grundschulen gelten, nicht in den Kompetenzzentren angewendet werden. Dort werden die Klassen nicht gesplittet. Es wird kein zusätzliches Personal rekrutiert und es werden keine zusätzlichen Räume zur Verfügung gestellt. Die Klassen bleiben wie sie sind. Die Unterrichtszeit auch. Es gibt nur A-Wochen. Um die Ratio – maximal fünf Kinder pro Lehrer – einzuhalten, sollen größere Gruppen von zwei statt einem Lehrer betreut werden. Das bedeutet also nicht mehr Raum für Schüler und Lehrer, sondern weniger, und somit weniger Schutz für alle Beteiligten. Auch würden in den Kompetenzzentren Lehrer eingesetzt, die einen Teil ihrer Unterrichtszeit in den Regelschulen verbringen. Das passe wiederum nicht mit dem Vermischungsverbot überein, so die SPEBS. Die Gewerkschaft fordert, dass das Sicherheitskonzept in den Grundschulen auch in den Kompetenzzentren angewendet wird. Eine Question urgente der CSV-Abgeordneten Françoise Hetto bezüglich der Kompetenzzentren wurde übrigens als nicht dringlich eingestuft und wird wohl erst beantwortet werden, nachdem der Unterricht begonnen hat.

